



Pressemitteilung

SPD Schortens zur Bundespolitik: Wieder die wahren Probleme diskutieren

Zu ihrer ersten Mitgliederversammlung im neuen Jahr trafen sich jetzt die Schortenser Sozialdemokraten im Bürgerhaus. Neben der Wahl von Delegierten für den Kreisparteitag im März stand eine Aussprache über die Situation der Bundespolitik im Mittelpunkt des Abends. Dabei wurde sehr deutlich, dass auch in der SPD Unzufriedenheit mit dem Erscheinungsbild der Regierung existiert. So wurde kritisiert, dass der öffentlich ausgetragene Streit der Koalitionspartner untereinander und die mangelhafte Kommunikation nach außen dazu geführt haben, dass große Teile der Bevölkerung verunsichert wurden und inzwischen äußerst unzufrieden mit der Arbeit der Regierung sind.

Das führt nach Meinung der Schortenser Genossen auch dazu, dass in der öffentlichen Diskussion eine Schiefelage eingetreten ist. Während einerseits einflussreiche Lobbygruppen wegen vergleichsweise geringer Kürzungen staatlicher Steuergeschenke auf die Straße gehen, den Verkehr lahmlegen und über Wochen die ungeteilte Aufmerksamkeit der Medien erhalten, bleiben nahezu zeitgleich andere Dinge fast unbeachtet. Und das, obwohl sie für große Teile der Bevölkerung im Gegensatz zum Agrardiesel wirklich von Bedeutung sind. So ist jetzt beispielsweise bekannt geworden, dass knapp die Hälfte aller Rentempfänger monatlich weniger als 1250€ netto zur Verfügung hat, jeder Vierte sogar weniger als 1000€. Und wie üblich, wenn es um soziale Benachteiligungen geht, betrifft das vor allem Frauen. Gleichzeitig wurden Pläne des FDP-geführten Finanzministeriums bekannt, den steuerlichen Kinderfreibetrag, der allein besser Verdienenden zugute kommt, zu erhöhen, ohne dass gleichzeitig das Kindergeld steigen soll. Im Klartext würde das bedeuten, dass besser Verdienende bis zu 377€ im Monat an Steuern sparen können, „Otto Normalverbraucher“ jedoch weiterhin lediglich seine 250€ Kindergeld bekäme.

Wenn man sich dann noch vor Augen hält, dass fast drei Millionen Kinder in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, von Armut bedroht sind, sei es an der Zeit, die politische Diskussion hierzulande wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. Das heißt, über die wirklichen gesellschaftliche Probleme zu reden. Gute und geräuschlose Regierungsarbeit würde das nicht nur einfacher machen, sondern gleichzeitig dazu beitragen, der AfD und anderen Extremisten das Wasser abzugraben, so die einhellige Meinung der Schortenser Sozialdemokraten.